

## Den Ort zum Sprechen bringen

### Birgit Görres

Unter dem Titel „Blick zurück nach vorn! – Gleichstellung der NS-Opfer umsetzen! Gleichstellung kranker und behinderter Menschen jetzt!“ versammelten sich am Samstag, den 6.9.08 250 Menschen um der Opfer der NS-„Euthanasie“ zu gedenken. Trommler des BPE-Kulturnetzwerkes lockten mit dumpfen Tönen die Teilnehmer von der unauffälligen Gedenkplatte in Straßennähe unter das Dach der Philharmonie. Die Veranstaltung war die zweite zentrale Gedenkveranstaltung für die Opfer der Erbgesundheitsgesetze der NS-Zeit am Planungsort der Täter.



Eingeladen hatte der Aktionskreis „T4-Opfer nicht vergessen“. Er ist ein Zusammenschluss aller namhaften Verbände und Organisationen der bundesdeutschen Psychiatrie und koordiniert sich bislang über das „Kontaktgespräch Psychiatrie“ der sozialpsychiatrischen Verbände. Die Veranstaltung „Blick zurück nach vorn!“ – Gleichstellung der NS-Opfer umsetzen! Gleichstellung kranker und behinderter Menschen jetzt! thematisierte die Forderung nach Gleichstellung der Opfer von „Euthanasie“ und Zwangssterilisation mit den anderen Opfergruppen des NS-Regimes.

An der Tiergartenstrasse 4, auf der Rückseite der jetzigen Berliner Philharmonie befand sich die damalige zur Reichskanzlei gehörende Dienststelle, die von 1939 bis 1941 die planmäßige Tötung unter anderem von psychisch Kranken und Behinderten organisierte. Vorausgegangen war das 1933 verabschiedete „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das 1934 in Kraft trat. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurden bis Kriegsende ca. 400.000 Menschen zwangssterilisiert. Die „Aufartung“ des NS-Staates fand ihren traurigen Höhepunkt in dem sogenannten „Euthanasieerlass“, der nach aktuellem Forschungsstand mindestens 300.000 Psychiatriepatientinnen und Patienten das Leben kostete. Sie starben durch Gas, Hunger oder Vergiftung und wurden als erste Gruppe der bedrohten Minderheiten Opfer des NS-Regimes.

Als im Juli 1939 zum ersten Mal eine Unterrichtung von etwa 60 Anstaltsleitern und Psychiatrie-Professoren in der Berliner Kanzlei von Adolf Hitler stattfand, denen das »Euthanasie«-Programm vom SS-Führer Viktor Brack vorgetragen wurde, erklärten alle anwesende Ärzte ihre Bereitschaft, an der Tötung der Anstaltspatientinnen und -patienten mitzuarbeiten, mit Ausnahme des Göttinger Professors Gottfried Ewald. Als Gutachter und Obergutachter fällten sie hier in der Berliner Tiergartenstraße 4 die Todesurteile nur nach Fragebogen, die die Anstalten ausgefüllt hatten. In sechs psychiatrischen Tötungsanstalten wurden die zum Tode Verurteilten vergast. Diese geplanten und durchorganisierten Tötungen psychisch erkrankter Menschen und Behinderter waren so etwas wie die Generalprobe des Mordes an den europäischen Juden. Als Hitler am 24. August 1941 nach der Protestpredigt des katholischen Bischofs Clemens August von Galen in Münster am 3. August 1941 die Vergasungen einstellen ließ, übernahmen die Anstalten selbst die Tötung durch

überdosierte Medikamente und Nahrungsentzug. Im Zuge der anschließenden „wilden Euthanasie“ kamen nochmals mindestens 30.000 Menschen ums Leben.

Über die Opfergruppe der NS „Euthanasie“ ist bislang wenig bekannt. In der öffentlichen Wahrnehmung spielt sie kaum eine Rolle, obwohl die Lebensgeschichten dieser Menschen auch heute noch in der zweiten und dritten Generation weiter leben und das Bild von psychischen Erkrankungen mit prägen. Vereinzelt Initiativen von Kliniken, den Gedenkstätten der ehemaligen Tötungsanstalten sowie ein von der deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Projekt „Patientenakten als letzte Spur“ entwerfen ein bedrückendes Bild der Opfer.

Einigen Initiativen, wie dem Aktionskreis T4, dem Runden Tisch und der Stolpersteininitiative von Träger e.V. Berlin, dem Landesverband Gemeindepsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern und anderen ist es zu verdanken, dass in den letzten Jahren wieder die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Umgang mit dieser Opfergruppe und ihre Bedeutung für den Umgang mit psychisch erkrankten Menschen in der Bundesrepublik gelenkt wird. So sorgte der Runde Tisch, Berlin für die Aufstellung einer Buskulptur auf dem T4-Gelände, die an die Deportationen aus den Kliniken in die Tötungsanstalten erinnern soll.



Historiker, psychiatrische Verbände und Betroffenenorganisationen sind sich einig: Es bedarf eines zentralen Ortes der Mahnung und des Erinnerns an dieser Stelle. Daneben bedarf es eines bundesweiten Dokumentationszentrums, in denen unter anderem die Krankenakten, die teilweise noch in den Kliniken liegen gesammelt und erforscht werden. Ihre Aufbewahrungsfristen laufen in absehbarer Zeit aus und es gibt noch keinen zentralen Ort ihrer weiteren Aufbewahrung.

Für den Platz an der Tiergartenstraße 4 wird bis zum Ende 2009 ein Gestaltungswettbewerb organisiert, der vom Runden Tisch Berlin –allerdings nur in beratender Funktion - begleitet wird. Es ist zu wünschen, dass die Vorstellungen der Fachverbände, neben eines Mahn- und Gedenkortes ein Dokumentationszentrum an dieser Stelle zu errichten, Berücksichtigung finden. Bei der Folgeveranstaltung im nächsten Jahr werden konkretere Vorstellungen vorliegen können.

Ärzeschaft, Politik und Öffentlichkeit haben sich jahrzehntelang verweigert, das, was an diesem Platz, an der Tiergartenstrasse 4 in den Jahren 1939 bis 1944 gedacht, geplant und in die Praxis umgesetzt wurde, wahrzunehmen, in seinen Zusammenhängen zu erkennen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Und es ist eine unbestreitbare und traurige Tatsache, dass die überlebenden Opfer und ihre Familien jahrzehntelang ignoriert wurden, ihnen die Anerkennung verweigert wurde und es bis Mai 2007 gedauert hat, bis der Bundestag das sogenannte Erbgesundheitsgesetz und die auf ihm basierenden Maßnahmen sämtlich als typisches NS-Unrecht deklariert und geächtet hat.

Der Bezirksbürgermeister Berlin-Mitte, Dr. Christian Hanke und Ruth Fricke für den Bundesverband der Psychiatrie-Erfahrenen begrüßten die Teilnehmer und führen in das Thema und die Bedeutung dieses Ortes ein.

Es sprachen Dorothea Buck für den Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V., ein Vertreter der Lebenshilfe, die Patientenbeauftragte der Bundesregierung Helga Kühn-Mengel sowie Dr. Michael Wunder.



Dorothea Buck, Zeitzeugin und Opfer der NS-Zwangssterilisation, berichtete anschließend über Ihre eigene Erfahrungen mit der Psychiatrie der NS-Zeit. Die 91 Jährige „Jahrhundertfrau“ hat von 1939 bis in die späten 50 iger Jahre am eigenen Leibe und Geist erfahren was es bedeutete, in dieser Zeit psychotische Erlebnisse zu haben und anders als die anderen zu sein. Diese Erfahrungen haben sie stark geprägt und motiviert, sie über den Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener hinaus einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. *„Während meiner fünf Psychosen von 1936 bis 1959 erlebte ich unter meinen 23 Anstalts-Psychiatern und Psychiatrie-Professoren nur Mediziner, die die Sinnzusammenhänge meiner Psychose-Inhalte mit meinen vorausgegangenen Lebenskrisen gar nicht wissen wollten. Für sie war alles nur sinnloser Unsinn. Und das berichten die über 1000 Mitglieder unseres Bundesverbandes BPE auch von den meisten ihrer heutigen Psychiater.“* berichtete Dorothea Buck.

Sie schilderte ihre Verzweiflung als sie einer Mitpatientin erfuhr, dass die an ihr- ohne weitere Aufklärung - vorgenommene Operation eine Sterilisation sei, denn Zwangssterilisierte durften keine höheren und weiterbildenden Schulen besuchen und nicht heiraten. Ihren lang vorbereiteten Wunschberuf der Kindergärtnerin musste sie aufgeben. Unter ihrer Abstempelung als »minderwertig« litt sie ihr Leben lang. Statt ihre Fragen zu beantworten, sich in Gespräche mit ihr einzulassen wurde sie in der damaligen Anstalt Bethel 23 Stunden in nasse Tücher gesteckt und wurde gequält, vor allem durch entwürdigender Missachtung ihrer Persönlichkeit. Mit beeindruckend klarer und fester Stimme erhob sie, die Mitgründerin und Ehrenvorsitzende des Bundesverbandes Psychiatrie-Erfahrener e.V. , Anklage gegen Mediziner und Helfershelfer der damaligen Zeit, die nie zur Verantwortung gezogen wurden, im Gegenteil; Noch in den 60 iger Jahren sprach man sie frei. Sie hatten auch zu diesem Zeitpunkt keinerlei Unrechtsbewusstsein zu ihren Taten entwickelt.

*„Da unsere Politiker, Psychiater und Theologen die Zwangssterilisationen an 350.000 bis 400.000 als »minderwertig« Beurteilten und die Tötung sogenannter »lebensunwerter« Menschen seither so gut wie ganz verdrängen, bleibt es uns Psychiatrie-Betroffenen bisher allein überlassen, die in Psychiatrien Ermordeten im Gedächtnis und im Herzen zu behalten.*

*Darum ist ein Gedenken wie das heutige eine große Hilfe und Entlastung für uns.“*

Es wäre nicht Dorothea Buck wenn sie nicht später, mit ihrem besonderen Lachen, damit versöhnliche Worte sprach und für eine Kultur der Erinnerung eintrat.

Dr. Michael Wunder, Mitglied des deutschen Ethikrates, schlug in seinem Vortrag den Bogen von historischen Ansichten über die Minderwertigkeit von seelisch erkrankten und behinderten Menschen hin zu aktuellen Diskussionen um Sterbehilfe und Eugenik.

Er mahnte die Notwendigkeit an, gewahr zu werden, was an diesem Ort der Planung und der bürokratische Abwicklung der Verbrechen der Euthanasie passierte, was fortwirkte und was nie überwunden wurde. Das betrifft nicht nur die Verleugnung der Geschichte und die Nichtbeachtung der Opfer, also die Geschichte der Zweiten Schuld, sondern auch das genaue Hinsehen auf das Hier und Jetzt. *„Was wird heute diskutiert, gedacht, geschrieben, wenn es um die Geburt behinderter Kinder geht, um Wachkomapatienten, um die Tötung auf Verlangen, um die Verbesserung der Keimbahn? Was ist mit der Debatte, die in der modernen*

*Medizinforschung geführt wird, dass Menschen, die selbst nicht einwilligen können, weil sie z.B. geistig behindert sind oder altersdement, trotzdem zu gefährlichen Forschungen herangezogen werden sollen, damit zukünftige Generationen etwas davon haben? Was ist mit der Debatte über die Wachkomapatienten, von denen wir sehr wenig wissen, von denen aber vermutet werden kann, das sie ihre Umwelt auf eine uns nicht fassbare Weise wahrnehmen, und von denen heute immer mehr sagen, sie seien lebende Tote und das Abstellen der Flüssigkeit und der Nahrung nach drei Monaten sei legitim und doch in ihrem Interesse? Was ist mit der Praxis, dass Menschen, die noch nicht geboren sind, genetisch durchleuchtet werden und zwar in immer stärkerem Ausmaße und wir es in unserer Gesellschaft als legitim betrachten, dass dieses Leben dann, wenn wahrscheinlich eine Behinderung vorliegt, als Belastung empfunden und die Schwangerschaft abgebrochen wird? Die eugenische Indikation ist abgeschafft, aber der Schwangerschaftsabbruch aufgrund der seelischen Belastung, die die zukünftige Mutter auf sich zukommen sieht, weil das Kind behindert ist, halten wir für einen legitimen Abbruchgrund.“*

Nach Ansicht von Michael Wunder ist mit der Tötungsanstalt Hadamar der Gedanke an Tötung so definierter „Minderwertiger“ in die Welt gekommen, der seitdem sowohl als historische Realität und als Möglichkeit präsent ist. Am Ende des Nürnberger Ärzteprozesses stellte Leo Alexander, der US-amerikanischen Berichterstatter des Prozesses fest, wie dies passieren konnte:

*»Der Anfang war eine feine Verschiebung in der Grundeinstellung der Ärzte. Es begann mit der Akzeptanz der Einstellung, dass es bestimmte Leben gibt, die nicht wert sind gelebt zu werden. Diese Einstellung umfasste in seiner frühen Ausprägung die ernsthaft und chronisch Kranken. Allmählich wurde der Kreis derjenigen, die in diese Kategorie einbezogen wurden, ausgeweitet auf die sozial Unproduktiven, die ideologisch Unerwünschten, die rassistisch Unerwünschten ... es ist wichtig zu erkennen, dass die unendlich kleine Eintrittspforte, von der aus diese ganze Geisteshaltung ihren Lauf nahm, die Einstellung gegenüber nicht rehabilitierbarer Krankheit war.«*



Michael Wunder betonte : *„Es waren aber nicht die wenigen, die hier in der Tiergartenstraße saßen und ihre tödlichen Pläne machten, das Gas orderten und später die Todesmedikamente, und die Busse organisierten, die die Opfer deportierten. Es waren Hunderte, ja Tausende von Ärzten und Pflegenden, die nicht nur mitmachten, sondern dies auch aus Überzeugung machten und deren Überzeugung Stück für Stück entstanden war.“* Er endete seinen Beitrag mit der Hoffnung, dass an dieser Stelle in Zukunft eine Stätte entsteht, in der es um das Gewahrwerden der Geschichte geht. Das schließt die Schaffung eines Ortes, der das Gedenken an die Opfer ermöglicht ebenso ein, wie die

Schaffung eines Ortes der permanenten Auseinandersetzung über das was war und das, was die Beschäftigung mit Abweichung und Behinderung weiter bestimmt.

Nach einer Schweigeminute für die Opfer geleiteten die Trommeln die Teilnehmer zurück zur Gedenkplatte und zu ihrer Heimreise.

Die Veranstalter sind sich einig, dass diese Veranstaltung am ersten Samstag im September 2009 fortgeführt wird.

Kontakt: Aktionskreis T-4 Opfer nicht vergessen, c/o Birgit Görres, Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V., goerres@psychiatrie.de